

# Frauen sind sich über Frauenförderung uneins

Ein Viertel der Kaderpositionen beim Kanton ist von Frauen besetzt. Viel zu wenig, kritisieren SP und Grüne. Ihre Forderung nach einem rechtlichen Bekenntnis zur Frauenförderung prallt bei bürgerlichen Frauen ab.

von Pascal Büsser

An den Unis schliessen mehr Frauen ab als Männer. «Die Frauen sind also sehr gut ausgebildet», sagte Bettina Surber (SP) gestern im St. Galler Kantonsrat. «Dort, wo geführt wird, kommen sie aber häufig nicht hin.» Frauen gehörten aber auch dorthin, «wo Entscheide getroffen werden». Dies schrieb die SP-Grüne-Fraktion in einer Motion, die sie im Zusammenhang mit dem nationalen Frauenstreik im Juni eingereicht hatte. Und die nun behandelt wurde. Die Strategie aller Departemente des Kantons müsse «auf dieses Ziel ausgerichtet sein».

Ein Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission habe gezeigt, dass der Kanton Nachholbedarf habe. Deshalb forderte die SP einen Zusatz im Personalreglement: «Der Kanton schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er sorgt zudem für eine angemessene Vertretung von Frauen in Kaderpositionen.»

## «Regierung muss liefern»

Die Regierung beantragte Ablehnung der Motion. Sie gab zwar zu, die eigenen Ziele nicht erreicht zu haben. Sie wollte bis 2015 im Kader einen Frauenanteil von 30 Prozent erreichen, längerfristig gar 40 Prozent. Aktuell steht man dagegen bei knapp 25 Prozent. Es habe teils wenige Fluktuationen gegeben, gab sie als einer der Gründe an. «Und es gibt schlicht Bereiche mit einem unterdurchschnittlichen Frauenanteil im Markt», führte Finanzchef Beni Würth (CVP) aus.

Die Tatsache, dass die Regierung nicht einmal ihr bescheidenes Ziel er-



Ungleiche Ansichten: (v.l.) Bettina Surber (SP) fordert ein rechtliches Bekenntnis vom Kanton zur Frauenförderung, Yvonne Suter (CVP) will Regierung und Verwaltung nochmals eine Chance geben und Elisabeth Brunner-Müller (FDP) plädiert für Eigenverantwortung. Bilder Regina Kühne

reicht habe, zeige, dass es nun ein klares Bekenntnis brauche, meinte Surber. Man habe bewusst auf eine konkrete Zahl verzichtet. Angemessen sei aus ihrer Sicht aber letztlich ein Frauenanteil von 50 Prozent.

Yvonne Suter (Rapperswil-Jona) entgegnete im Namen der CVP-GLP-Fraktion, dass man das Anliegen hinter der Motion zu 100 Prozent teile. Die Fraktion sei auch nicht zufrieden mit der bisher erreichten Frauenquote beim Kanton. Trotzdem lehne sie die Motion ab, da sie zu wenig präzise sei und deswegen keinen Mehrwert bringe. Denn die rechtlichen Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie habe der Kanton geschaffen: flexible Arbeitszeitmodelle, der Verzicht auf Blockzeiten, die Möglichkeit von Telearbeit, die Schaffung von Langzeitkonti und weiteres. «Das Problem ist anderswo», bi-



lanzierte Suter. «Denn offensichtlich reicht es nicht aus, gute rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.» Es brauche einen Wandel in den Köpfen. «Hier muss die Regierung endlich liefern, sonst bleibt es nicht beim wohlmeinenden Mahnfinger.»

Dass sie Handlungsbedarf sehe, aber nichts unternehmen wolle, brachte Suter Schelte von linker Ratsseite ein. Mehr linkes Kopfschütteln löste

«Wir Frauen müssen uns selber trauen, unsere Rechte einzufordern.»

Elisabeth Brunner-Müller  
Kantonsrätin FDP, Schmerikon



nur noch SVP-Sprecher Bruno Dudli aus, der davor warnte, «Naturgesetze mit der Eisenstange umzubrechen».

## Appell an die Frauen

Peter Hartmann (SP) forderte schliesslich die FDP auf, Stellung zu nehmen. Da die FDP-Fraktion den höchsten Frauenanteil habe (gleichauf mit SP-Grüne) könne sie die Motion bedenkenlos ablehnen, meinte Fraktionschef Beat Tinler kurz und knapp.

Elisabeth Brunner-Müller (Schmerikon) doppelte mit einem Bekenntnis zur Eigenverantwortung nach. «Wir Frauen müssen uns selber trauen, unsere Rechte einzufordern», sagte die Kandidatin für das Gemeindepräsidium in Amden. Karriereplanung sei allen Eltern selber zu überlassen. Es gebe genügend Institutionen und Unterstützung. Die Motion wurde mit 30 zu 78 Stimmen abgelehnt.

## Vor der Straftat im Einsatz

Der Kantonsrat hat einem Vorstoss zugestimmt, der die vorhersagende Polizeiarbeit gesetzlich regeln will.

Der Vorstoss war eine Folge der Beratungen über das Datenschutzgesetz. Die Kommission des St. Galler Kantonsrats, die sich zuletzt mit dem Datenschutzgesetz beschäftigt hatte, reichte nach der Beratung eine Motion zum Thema vorausschauende Polizeiarbeit ein.

Unter den Fachbezeichnungen «Pre-Crime» oder «Predictive Policing» versteht man um Methoden und Programme, mit denen möglichst präzise Prognosen für Risiken erarbeitet werden. Die Polizei soll aufgrund von Datenanalysen eingreifen können, bevor Straftaten überhaupt verübt werden.

So wird etwa versucht, bei Fällen von häuslicher Gewalt das Gefahrenpotenzial eines Täters einzuschätzen und dazu passende Massnahmen zu ergreifen.

## Spezielle Software-Lösungen

Eingesetzt werden spezielle Softwarelösungen, die auf Algorithmen basieren. Basis dafür sind die Datenbanken der Polizei. Das Zusammenspiel ist heikel: «Predictive Policing» komme zu einem Zeitpunkt zum Einsatz, in dem noch keine Straftat begangen worden sei und deshalb noch die Unschuldsumutung zu gelten habe, argumentierte die Kommission.

In der Motion wurden rechtliche Grundlagen verlangt, um der systematischen und automatisierten Bearbeitung von Personendaten und von Persönlichkeitsprofilen klare Rahmenbedingungen vorzugeben.

## 65 Ja- gegen 34 Nein-Stimmen

Die Regierung zeigte sich bereit, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Regierungsrat Fredy Fässler (SP), Vorsteher des Sicherheits- und Justizdepartements, erklärte an der Debatte vom Montag, es gehe hier um eine neuere Entwicklung, die rasant voranschreite.

Man wisse selber noch nicht, welche Anwendungen man einsetzen werde. Für die systematische Bearbeitung von Personendaten brauche es aber eine gesetzliche Grundlage.

Der Kantonsrat überwies die Motion mit 65 gegen 34 Stimmen. Die Nein-Stimmen kamen aus der SVP-Fraktion. (sda)

# Stellvertreter für Linthingenieur gewählt

Die Linthkommission hat ihrem Linthingenieur Markus Jud mit Ralph Jud einen Stellvertreter zur Seite gestellt. Die personelle Aufstockung sei nötig geworden, um anstehende neue Aufgaben bewältigen zu können.

Die 65. Sitzung der Interkantonalen Linthkommission war überschattet vom unerwarteten Hinschied des langjährigen Mitglieds Markus Schwizer. Mit einer Schweigeminute und einer Würdigung seiner Verdienste gedachten die Teilnehmenden ihrem Kollegen. Markus Schwizer habe seit 2000 als Vertreter der Linthgemeinden mit viel Weitblick, Sachverstand und grossem Engagement zum guten Gelingen der Gesamtanierung und zum langfristigen Erhalt des Linthwerks massgeblich beigetragen, wird mitgeteilt. Er hinterlasse in der Kommission eine grosse Lücke.

## Ralph Jud gewählt

An der Sitzung wählte die Linthkommission Ralph Jud (Jahrgang 1978) zum stellvertretenden Linthingenieur. Er ist diplomierte Bauingenieur ETH und wohnt in Kaltbrunn. Nach Abschluss des Studiums arbeitete er auf der Neat-Baustelle am Gotthard, anschliessend bei einer Bauunternehmung in führender Position. Zuletzt war er beim Tiefbauamt der Stadt Zürich angestellt, wo er während sechs Jahren zuerst als Projektleiter Realisierung und danach bis heute als Fachbereichsleiter Realisierung eine anspruchsvolle Tätigkeit ausübt.



Neu im Team: Ralph Jud aus Kaltbrunn ist nun stellvertretender Linthingenieur. Bild zVg

Ralph Jud ist seit 2018 Mitglied des Verwaltungsrats der Wasserkorporation Kaltbrunn. Mit dem gleichnamigen Linthingenieur Markus Jud ist er nicht verwandt.

Die Linthkommission ist überzeugt, mit dem fachlich qualifizierten und erfahrenen Bauingenieur, der die Region bestens kenne, eine sehr gute Wahl getroffen zu haben. Der Stellenantritt erfolgt auf den 1. Dezember. Arbeitsort ist das neue Geschäftsdomizil der Linthverwaltung in Benken. Sein Arbeitspensum als stellvertretender Linthingenieur beträgt 80 Prozent. Weitere 20 Prozent wird er für zusätz-

liche Aufgaben beim Amt für Wasser und Energie des Kantons St. Gallen tätig sein. Die personelle Aufstockung im Rahmen der Neuorganisation der Linthverwaltung sei nötig, um die anstehenden neuen Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehören unter anderem der ansteigende Unterhalt der Werkanlagen, der Aufbau eines Schutzbauten- und Kunstbauten-Katasters sowie die Einführung eines Geografischen Informationssystems (GIS).

## Austausch

Nach der Sitzung traf sich die Linthkommission mit den Verantwortlichen der Linthebene-Melioration. Gegenseitig sei über anstehende Projekte informiert worden. Es gebe viele Schnittstellen zwischen den beiden Werken. Deshalb wurde die Zusammenarbeit nach Abschluss des Projekts «Linth 2000» verstärkt und vertraglich geregelt.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Linthwerk und Linthgemeinden wurde nach Fertigstellung der Gesamtanierung des Linthwerks verstärkt. Dazu gehört die jährliche Zusammenkunft mit Gemeindevertretern, die im Vorfeld Themen einbringen können, die gemeinsam gelöst werden müssten. Das Interesse an die-

sem Austausch sei beim Treffen nach der Sitzung von beiden Seiten erneut bestätigt und begrüsst worden, heisst es in der Mitteilung. (eing)

INSERAT

ENTDECKE GROSSARTIGE KARRIEREMÖGLICHKEITEN AUF DEM BAU!

BAUBERUFECHE  
FOLGE UNS

BAUBERUFECHE  
PROFESSIONS-CONSTRUCTION.CH  
PROFESSIONI-COSTRUZIONE.CH